Presseinformation

27. Januar 2005

Neue Zuständigkeit in der NÖ Umweltpolitik

Sobotka zog Bilanz, Plank formulierte Ziele

Mit Jänner dieses Jahres übernahm Landesrat Dipl.Ing. Josef Plank von Landesrat NMag. Wolfgang Sobotka einen Teil der Umweltagenden. Bei einer Pressekonferenz zog Sobotka heute in St. Pölten Bilanz über die niederösterreichische Umweltpolitik während der vergangenen sechs Jahre. Landesrat Plank präsentierte in diesem Rahmen seine Schwerpunkte für die kommenden Jahre.

„Als ich die Umweltpolitik 1998 übernommen habe, gab es viele Leute mit guten Ideen, aber nur wenig Umsetzungsdichte. Mein Ziel war von Anfang an, 80 Prozent der Bevölkerung zu erreichen und deren Umweltbewusstsein und Eigenverantwortung in diesem Bereich zu heben. Heute ist Umweltschutz für 84 Prozent der Niederösterreicher ein wichtiges Thema. Dieses Ergebnis ist nicht zuletzt Ausdruck der jahrelangen Bewusstseinsbildung“, meinte Sobotka. „Unsere Konzepte sind auch an der Basis angekommen, der Umweltschutz hat sich damit verbreitert.“ Ebenso erfreut zeigte sich Sobotka von der guten Zusammenarbeit aller politischen Ressorts: „Die Arbeit im Umweltbereich hat sich von einer fachspezifischen zu einer querschnittsorientierten Tätigkeit weiterentwickelt. Alle Abteilungen betreiben aktiven Umweltschutz.“ Berührungspunkte habe es vor allem zum Ressort von Landesrat Plank gegeben, weshalb der jetzige Wechsel der Zuständigkeiten einen „natürlichen Übergang“ darstelle.

Landesrat Plank formulierte im Anschluss die Ziele seiner Umweltpolitik in Niederösterreich: „Prinzipiell geht es um eine Fortsetzung der erfolgreichen Umweltpolitik der letzten Jahre, um die Übernahme einer gut eingespielten Struktur mit verschiedenen Organisationen wie etwa ‚die umweltberatung’ oder ‚Klimabündnis NÖ’ sowie um eine starke Vernetzung von Bereichen wie Landschaft und Umwelt, Klimaschutz und erneuerbare Energie etc.“, so Plank. Konkret geplant sei die Fortsetzung des „vernetzten Ansatzes“ zwischen Politik, Bürgern, Gemeinden und Wirtschaft sowie die „Abrundung der ressortübergreifenden Zusammenarbeit“. Ein weiteres Thema werde sein, keinen Widerspruch zwischen offensiver Umweltpolitik und einem offensiven Wirtschaftsstandort Niederösterreich entstehen zu lassen. „Aus offensiver

Amt der Niederösterreichischen Landesregierung
Landesamtsdirektion/Öffentlichkeitsarbeit
www.noe.gv.at/presse
E-Mail: presse@noel.gv.at
E-Mail: presse@noel.gv.at

Presseinformation

Umweltpolitik kann sich eher ein offensiver Wirtschaftsstandort entwickeln“, so Plank. Zudem solle künftig das „regionale Kreislaufmanagement“ noch stärker betont werden.

Hinsichtlich des „Klimabündnis NÖ“ werde es verstärkt darum gehen, die „Nachbarregionen ins Boot zu bekommen“, den Energieverbrauch zu senken und „alle Spieler wie die Gemeinden, das Klimabündnis oder auch ‚die umweltberatung’ einzubinden“, so Plank. Im Bezug auf das „Sorgenkind Verkehr“ seien überdies diverse Aktivitäten geplant, in deren Rahmen das „Fahrrad eine Renaissance erleben soll“. Im Zusammenhang mit der Abfallwirtschaft werde Abfallvermeidung der Schwerpunkt sein. Hinter allen Aktivitäten stehe jedoch stets das Thema nachhaltiges Wirtschaften bzw. Nachhaltigkeitsstrategie. „Die Umweltpolitik ist die Basis, die zum Wohlfühlen in Niederösterreich beiträgt“, betonte Plank.

Weitere Informationen: Büro Landesrat Sobotka, Christian Rädler, Telefon 02742/9005-12319 bzw. Büro Landesrat Plank, Klaus Luif, Telefon 02742/9005-12705.

E-Mail: presse@noel.gv.at